

Mehr als eine Frage des Standorts

Schulneubau Wilhelm-Wisser-Schule: Das sagen Eutins Fraktionen zum geplanten Bürgerbegehren der Eltern



ERST HUNDEAUSLAUFFLÄCHE, DANN SCHULENTWICKLUNGSLAND? DIE WIESE HINTER DER GUSTAV-PETERS-GRUNDSCHULE SEI AUS SICHT DER DREI ELTERNVERTRETER UND SPD GEEIGNETER FÜR EINEN NEUBAU DER WISSER-SCHULE. CONSTANZE EMDE

Constanze Emde

Ist ein Bürgerbegehren für einen anderen Standort des geplanten Neubaus für die Wilhelm-Wisser-Gemeinschaftsschule (WWS) noch zulässig? Das ist die Frage, die Eutins Fraktionen und amtierenden Bürgermeister Carsten Behnk seit Bekanntwerden des angestrebten Bürgerbegehrens der drei Eltern der WWS umtreibt.

Die Argumente, die die Eltern Sonja Wirges, Mirko Fähling und Stefanie Preuß nun anführten, seien nicht neu und binnen der vergangenen Jahre diskutiert worden, sagen CDU, Grüne und FDP auf Nachfrage. Alle bedauerten, dass die drei Elternvertreter vor dem öffentlichen Bekunden eines Bürgerbegehrens bislang nicht das Gespräch mit den Fachleuten der Verwaltung oder auch Fraktionen gesucht haben.

Mehr als zweieinhalb Jahre sind nunmehr nach dem letzten Bürgerbegehren vergangen, Beschlüsse zum Neubau am Standort Elisabethstraße gefasst worden, nachdem die Mehrheit der Wähler für getrennte Standorte von Grund- und Gemeinschaftsschule stimmte.

Die Mehrheit der Stadtvertreter, auch Vertreter der Wisser-Schule, lobten die Entwürfe der Architekten mit dem Tenor „beeindruckend und toll, was an diesem Standort möglich ist“. Das Raumbuch, also alle von der Schule benötigten Räume für modernen Unterricht, seien abgebildet worden. Kosten von rund 35 Millionen Euro würden geschätzt, es gebe aber auch fast vier Millionen KfW-Fördermittel für den Neubau, was die Kosten für die Containerschule am Festplatz decken würde.

„Das Vorgehen ist befremdlich und die Eltern scheinen nicht richtig informiert zu sein“, sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Matthias Rachfahl. Es gehe immer größer und besser, aber: „Wir haben mit den Planern die Argumente für eine Schule in der Innenstadt abgewogen, die klar sagten, Schule gehört in die Stadt und nicht an die Peripherie, um unter anderem auch die Infrastruktur nutzen zu können“, betont Rachfahl.

Eutin könne nur hoffen, dass die Kommunalaufsicht das große Ganze im Blick habe bei der Entscheidung über eine Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens in diesem Planungsstadium, so Rachfahl. Die Stadt Eutin sei so weit in den Planungen, kurz vorm Durchstarten, dass es ein Nackenschlag wäre, nun alles wieder auf Null zu setzen und von vorn zu beginnen. Das sei nicht nur bedauerlich für die Schüler, die weitere Jahre auf Verbesserungen warten müssten. Auch die Kosten und mögliche Regressforderungen seien schon jetzt siebenstellig. „Wer sagt denn, dass auf dem vorgeschlagenen Gelände hinter der Blauen Lehmkuhle gebaut werden kann? Das weiß aktuell keiner, deshalb hatten wir uns langfristig in der Nähe zur Moorlinse für eine Hundenauslauffläche entschieden“, sagt Rachfahl.

Grünen-Chefin Monika Obieray will die Eltern ernst nehmen, versteht aber nicht, wie nach all den Jahren des Drängens und der intensiven Diskussion, das dringend ein Neubau her müsse, nun Elternvertreter erklärten, dass noch Zeit sei, für eine komplette Neuplanung. „Wir sind offen

für gute Argumente, aber wenn das nicht gegeben ist, werden wir uns natürlich für die Lösung einsetzen, die wir beschlossen haben und die wirklich gut ist am Standort“, macht Obieray deutlich. Auch bei dem Bürgerbegehren der Initiative „Vernunft macht Schule“ hatten CDU, Grüne und FDP eine Gegenfrage eingereicht.

„Das war damals ein Fehler“, sagt Olaf Bentke, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler. Wäre der Entscheid nur für oder gegen eine Campuslösung ausgegangen, hätte die Stadt Eutin sich nicht die Entwicklungsmöglichkeiten für die Wisser-Schule genommen. So sei man bei der Planung auf den Standort Elisabethstraße festgelegt gewesen, so Bentke. Er befinde sich im Zwiespalt: „Es macht Sinn, einen neuen Standort zu suchen, aber es wäre andererseits schade für die Schule, wenn es noch länger dauert.“ Bentke kenne nicht alle wichtigen Fakten, die vor einer Entscheidung für den vorgeschlagenen Standort an der Blauen Lehmkuhle aber geprüft werden müssten.

„Ich glaube nicht, dass sich die Eltern der Kosten und Zeit bewusst sind, die auf dem Spiel stehen“, sagt FDP-Fraktionschef Marius Winkler. Es gebe aus seiner Sicht keine neuen Argumente, aber eine Verzögerung sei eine Katastrophe für die Schüler und auch für die Kosten mit Blick auf die Marktpreisentwicklung im Bausegment. SPD und FWE, beide scheiterten mit Anträgen zur neuen Standortsuche, haben nun angekündigt, die Eltern beim Bürgerbegehren zu unterstützen, sagte Elternvertreterin Sonja Wirges.

„Als schmerzhaft“ bezeichnet Eutins Bürgermeister Carsten Behnk das auf die Stadt vermutlich zukommende Bürgerbegehren der Eltern.

„Schmerzhaft mit Blick auf die Schüler, für die wir schnell eine bessere Lösungen umsetzen wollen und auch schmerzhaft, wenn meine Mitarbeiter nun für den Papierkorb gearbeitet haben sollten, sollten wir wieder bei null anfangen“, so Behnk. Über die horrenden bereits ausgelösten Kosten für Machbarkeitsstudien, Planungen, Architekten und extern Beauftragte möge er da gar nicht nachdenken. „Wir haben doch bei der Weber-Schule das beste Beispiel, das Eutin gute Schullösungen in der Stadt bauen kann. Warum soll das nicht auch mit der Wisser-Schule und den aktuellen Entwürfen gelingen?“, fragt er. Behnk hofft, auf den Dialog mit den Elternvertretern, der nächste Woche stattfinden soll.
